

**Betriebssatzung
für den Eigenbetrieb
„Wirtschaftsbetrieb Lossatal“ der Gemeinde Lossatal
vom 08.12.2014**

Aufgrund des §1 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über kommunale Eigenbetriebe im Freistaat Sachsen (Sächsische Eigenbetriebsverordnung – SächsEigBVO -) sowie, der § 4 und § 95a der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in ihrer jeweils gültigen Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde Lossatal in seiner Sitzung vom 08.12.2014 folgende Neufassung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Wirtschaftsbetrieb Lossatal“ der Gemeinde Lossatal mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder des Gemeinderates beschlossen:

§ 1

Rechtsstellung und Name des Eigenbetriebes

- (1) Der Eigenbetrieb der Gemeinde Lossatal bestehend aus den Sachgebieten Immobilienwirtschaft/ Verwaltung, Bauhof, Baureparaturen und Hausmeisterdienste sowie dem Sachgebiet Abwasser wird als organisatorisch, verwaltungsmäßig und wirtschaftlich selbstständiges Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Sinne von § 95a Abs. 1 Nr. 2 SächsGemO und § 1 SächsEigBVO geführt.
- (2) Der Eigenbetrieb führt den Namen „Wirtschaftsbetrieb Lossatal“.

§ 2

Aufgaben des Eigenbetriebes

- (1) Die Aufgaben des Eigenbetriebes sind:
 - a) die Verwaltung und Bewirtschaftung der übertragenen gemeindeeigenen Gebäude und Wohngrundstücke
 - b) die Verwaltung und Bewirtschaftung der übertragenen gemeindeeigenen Freizeiteinrichtungen
 - c) die Verwaltung sonstiger gemeindeeigener Gebäude und Grundstücke
 - d) die Ausführung von Hausmeisterdiensten, Winterdienst, Pflege- und Reparaturarbeiten an den öffentlichen Grundstücken der Gemeinde.
 - e) Der Eigenbetrieb übernimmt für die Gemeinde Lossatal die Umsetzung der Aufgaben nach § 50 SächsWG, die im Gebiet der Gemeinde Lossatal anfallenden häuslichen und gewerblichen Abwässer (Schmutz- und Niederschlagswasser) sowie die bei der Straßenentwässerung anfallenden Abwässer zu sammeln und für eine ordnungsgemäße Ableitung und schadlose Beseitigung Sorge zu tragen.
Hierzu werden ihm die Planung, der Bau, die Unterhaltung und die Erweiterung von Abwasseranlagen übertragen.
Zum Aufgabenbereich des Eigenbetriebs gehören des Weiteren hoheitliche Tätigkeiten im Auftrag der Gemeinde Lossatal im Rahmen des Abwasserrechtes und der dazu erlassenen Satzungen der Gemeinde.

- (2) Der Eigenbetrieb kann sich zur Durchführung seiner Aufgaben Dritter bedienen.
- (3) Der Eigenbetrieb kann im Rahmen der zulässigen rechtlichen Grenzen auch Aufgaben für Dritte wahrnehmen.
- (4) Die Gemeinde Lossatal kann weitere Aufgaben auf den Eigenbetrieb übertragen.

§ 3 Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebes wird in Höhe von 255.650,00 € festgesetzt.

§ 4 Betriebsleitung

Die Betriebsleitung besteht aus einem Betriebsleiter und einem stellvertretenden Betriebsleiter.

Sie werden im Einvernehmen des Bürgermeisters vom Gemeinderat gem. § 95 a Abs. 2 SächsGemO gewählt.

§ 5 Aufgaben der Betriebsleitung

- (1) Die Betriebsleitung vollzieht die Beschlüsse des Gemeinderates und des Betriebsausschusses sowie die Anordnungen des Bürgermeisters (§§ 8 bis 10 dieser Satzung). Im Übrigen führt sie den Eigenbetrieb gem. § 4 SächsEigBVO selbstständig und entscheidet in allen Angelegenheiten des Eigenbetriebs, soweit diese nicht dem Gemeinderat, dem Betriebsausschuss oder dem Bürgermeister vorenthalten sind. Die Betriebsleitung ist für die wirtschaftliche Führung des Eigenbetriebes nach kaufmännischen Grundsätzen verantwortlich.
- (2) Der Betriebsleitung obliegen insbesondere die laufenden Geschäfte (Angelegenheiten der laufenden Verwaltung und Betriebsführung) des Eigenbetriebes. Dazu gehören unter anderem alle im täglichen Geschäft wiederkehrenden Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung des Eigenbetriebes und zur Durchführung der Aufgaben sowie zum reibungslosen Geschäftsablauf notwendig sind. Dies sind insbesondere:
 1. Verwaltung des Gebäude- und Wohnungsbestandes
 2. Abschluss von Mietverträgen, Kündigung von Mietverträgen, Vermittlung von freien Einheiten
 3. laufende monatliche Arbeiten (Sollstellungen, Lastschriftinzug, usw.)
 4. Durchführung von Mieterhöhungen und Mietanpassungen
 5. Durchführung von Mieterversammlungen
 6. Rechnungswesen
 7. Kassengeschäfte
 8. Kreditverwaltung
 9. Mahnwesen
 10. Erstellen von Statistiken
 11. Erstellen des Wirtschaftsplanes und der Ergebnisberichte
 12. Vorbereitung von Reparaturen und Sanierungsmaßnahmen

13. Durchführung und Abschluss von Winterdienst, Pflegearbeiten, Hausmeisterdiensten und Baumaßnahmen
 14. Durchführung laufender und unvorhergesehener Reparaturen
 15. Auftragsauslösung, Wartungsarbeiten, Dienstleistungen
 16. Bearbeitung von Gewährleistungs-, Garantie- und Versicherungsansprüchen
 17. Überwachung der Einhaltung der Sicherheits- und Schutzbestimmungen
 18. Erstellung von Betriebskostenabrechnungen
 19. Erstellen der Jahresabschlüsse für das Wirtschaftsjahr
 20. Vorbereitung von Beschlüssen für die Ausschüsse und den Gemeinderat
 21. Vertretung der Gemeinde Lossatal für den Bereich „Wirtschaftsbetrieb Lossatal“
 22. die Verwaltung und Bewirtschaftung der Abwasseranlagen und die Beseitigung des von den Straßen, Wegen und Plätzen abfließenden Niederschlagswassers
 23. weitere Aufgaben nach Weisung.
- (3) Die Betriebsleitung entscheidet außerdem in den in § 8 Abs. 2 dieser Satzung genannten Angelegenheiten, soweit die dort bestimmten Wertgrenzen unterschritten werden.
- (4) Die Betriebsleitung informiert den Bürgermeister und den Betriebsausschuss rechtzeitig über alle wichtigen Angelegenheiten, insbesondere über
1. Abweichungen vom Erfolgsplan, die keine Änderung des Wirtschaftsplans nach § 23 Abs. 1 SächsEigBVO erfordern, aber den Betrag von 8.000,00 € im Einzelfall übersteigen
 2. Abweichungen vom Liquiditätsplan, die keine Änderung des Wirtschaftsplanes nach § 23 Abs. 1 SächsEigBVO erfordern, aber den Betrag von 8.000,00 € im Einzelfall übersteigen.
- (5) Die Betriebsleitung informiert den Fachbediensteten für das Finanzwesen über alle Maßnahmen, welche die Finanzwirtschaft der Gemeinde berühren können, wozu insbesondere gehören:
1. die Ergebnisse der Jahresrechnung
 2. die Planung der Aufnahme eines Darlehens
 3. Notwendigkeit der Inanspruchnahme von Kassenkrediten
 4. außerplanmäßige Ausgaben.

§ 6

Personalangelegenheiten

- (1) Die Betriebsleitung ist Vorgesetzter der Beschäftigten des Eigenbetriebs. In dieser Funktion ist sie zur innerbetrieblichen Organisation befugt und kann den Beschäftigten fachliche Weisungen erteilen.
- (2) Der Betriebsleitung sind gem. § 10 Abs. 3 SächsEigBVO die Einstellung, Entlassung und Umgruppierung des Personals bis einschließlich TVöD Entgeltgruppe 5 unter Beachtung der Maßgaben des Stellenplans übertragen.

§ 7 **Vertretung der Gemeinde in** **Angelegenheiten des Eigenbetriebes**

- (1) Der Betriebsleiter vertritt die Gemeinde im Rahmen seiner Aufgaben (§ 5 Abs. 1 SächsEigBVO) und gibt in den Angelegenheiten des Eigenbetriebes verpflichtende Erklärungen für die Gemeinde ab.
- (2) Der Betriebsleiter ist allein vertretungsberechtigt. Er zeichnet unter dem Namen des Eigenbetriebs ohne Angabe eines Vertretungsverhältnisses.
- (3) Der stellvertretende Betriebsleiter übernimmt im Fall der Abwesenheit des Betriebsleiters dessen Aufgaben und zeichnet allein vertretungsberechtigt mit dem Zusatz „i. V.“.
- (4) Die Betriebsleitung kann Bediensteten des Eigenbetriebs für einzelne Angelegenheiten und/oder bestimmte Sachgebiete mit Ihrer Vertretung beauftragen und ihnen Vollmacht erteilen. Diese zeichnen mit dem Zusatz „im Auftrag“.

§ 8 **Betriebsausschuss**

- (1) Für die Angelegenheiten des Eigenbetriebs wird ein beschließender Ausschuss des Gemeinderats mit der Bezeichnung „Betriebsausschuss“ gebildet.
Er besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzenden und 6 weiteren Mitgliedern.
Der Gemeinderat bestellt die Mitglieder und deren Stellvertreter in gleicher Zahl widerruflich aus seiner Mitte (§42 SächsGemO).
Die Betriebsleitung nimmt an den Sitzungen des Betriebsausschusses mit beratender Stimme teil.
- (2) Der Betriebsausschuss entscheidet entsprechend §7, Abs.2 SächsEigBVO insbesondere über:
 1. Veräußerungen von Vermögensgegenständen, die dem Eigenbetrieb zugeordnet sind, wenn der Wert des Vermögensgegenstands einen Betrag von 10.000,00 € nicht übersteigt
 2. sonstige Verträge mit einem Vertragswert von 5.000,00 € bis 15.000,00 €
 3. die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Wirtschaftsplan, soweit der Betrag im Einzelfall mehr als 15.000,00 €, aber nicht mehr als 50.000,00 € beträgt sowie die Vergabe von Bauleistungen nach VOB/A mehr als 25.000,00 € bis 50.000,00 € (netto) im Einzelfall und Leistungen nach VOL/A mehr als 13.000,00 € bis 50.000,00 € (netto) im Einzelfall
 4. Verträge mit einer Laufzeit von mehr als 2 Jahren
 5. Stundung von Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 5.000,00 € bis 15.000,00 €
 6. Erlass und Niederschlagung von Forderungen in Höhe von 1.000,00 € bis 5.000,00 €
 7. Mehraufwendungen des Erfolgsplans, die erfolgsgefährdend sind, und Mehrauszahlungen des Liquiditätsplans, die für das einzelne Vorhaben erheblich sind, unter den in § 23 Abs. 2 SächsEigBVO genannten Voraussetzungen
 8. Verträge über die Nutzung von Gewerberäumen mit einem monatlichen Mietwert in Höhe von 500,00 € bis 5.000,00 €
 9. Einstellungen, Entlassungen und Umgruppierungen von leitenden Angestellten ab der Entgeltgruppe 6 TVöD

10. die Führung von Rechtsstreitigkeiten mit einem Streitwert von mehr als 15.000,00 €, aber nicht mehr als 50.000,00 € im Einzelfall und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung bei Vergleichen das Zugeständnis des Eigenbetriebs im Einzelfall mehr als 1.000,00 €, aber nicht mehr als 5.000,00 € im Einzelfall beträgt.
- (3) Der Betriebsausschuss berät die Angelegenheiten des Eigenbetriebs vor, die der Beschlussfassung des Gemeinderats unterliegen.

§ 9 Zuständigkeit des Gemeinderats

- (1) Der Gemeinderat entscheidet über alle Angelegenheiten des Eigenbetriebes, soweit nicht der Bürgermeister, der beschließende Betriebsausschuss oder die Betriebsleitung zuständig ist (§ 8, Abs. 1 SächsEigBVO).
- (2) Insbesondere obliegen dem Gemeinderat folgende Entscheidungen:
 1. Änderung der Betriebssatzung
 2. wesentliche Aus- und Umgestaltungen des Unternehmens
 3. Wahl des Betriebsleiters und des stellvertretenden Betriebsleiters
 4. Festsetzung allgemeiner Tarife für privatrechtliche Entgelte
 5. die Beschlüsse zu Satzungen
 6. in den in § 8 Abs. 2 dieser Satzung genannten Angelegenheiten, sofern die dort genannten Wertobergrenzen überschritten werden
 7. Gewährung von Darlehen der Gemeinde an den Eigenbetrieb oder des Eigenbetriebs an die Gemeinde
 8. Entnahme von Eigenkapital
 9. Festsetzung und Änderung des Wirtschaftsplanes
 10. Bestimmung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss
 11. Feststellung des Jahresabschlusses
 12. Entlastung der Betriebsleitung
 13. Besorgung von Kassengeschäften durch Dritte (§ 87 Abs. 1 SächsGemO).
- (3) Über die Entnahme von Eigenkapital (§ 9 Abs. 2 Nr. 7) entscheidet der Gemeinderat nach Anhörung der Betriebsleitung.
- (4) Darüber hinaus kann der Gemeinderat in Angelegenheiten, für die die Betriebsleitung oder der Betriebsausschuss zuständig sind, im Einzelfall die Entscheidung an sich ziehen.

§ 10 Stellung des Bürgermeisters

- (1) Der Bürgermeister ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der beim Eigenbetrieb Beschäftigten. Er regelt die Geschäftsverteilung innerhalb der Betriebsleitung mit Zustimmung des Betriebsausschusses durch eine Geschäftsordnung.
- (2) Der Bürgermeister kann der Betriebsleitung Weisungen erteilen, um die ordnungsgemäße Führung des Eigenbetriebes sicherzustellen (§ 9 SächsEigBVO)

§ 11 Wirtschaftsführung und Rechnungswesen

- (1) Der Eigenbetrieb führt eine mit der Gemeindekasse verbundene Sonderkasse.
- (2) Das Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebs entspricht dem Haushaltsjahr der Gemeinde.
- (3) Die Betriebsleitung stellt einen jährlichen Wirtschaftsplan auf, der alle Bestandteile und Anlagen gem. § 16 bis § 21 SächsEigBVO enthält.
- (4) Wenn die Voraussetzungen des § 23 Abs. 1 SächsEigBVO eintreten, hat die Betriebsleitung einen geänderten Wirtschaftsplan vorzulegen.

§ 12 Berichtswesen und Risikofrüherkennung

- (1) Die Betriebsleitung unterrichtet den Bürgermeister und den Betriebsausschuss in der Mitte des Wirtschaftsjahres schriftlich über die Umsetzung des Erfolgs- und Liquiditätsplanes (§ 22 SächsEigBVO)
- (2) Die Betriebsleitung richtet ein angemessenes System zur Erkennung von Risiken ein (§ 23 Abs. 3 SächsEigBVO).

§ 13 Jahresabschluss und Lagebericht

Die Betriebsleitung stellt für den Eigenbetrieb einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht auf und legt diesen innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Wirtschaftsjahres dem Bürgermeister vor (§ 31 SächsEigBVO). Im Lagebericht ist anhand geeigneter Kennzahlen auch darzulegen, wie die Aufgabe des Eigenbetriebs (§ 2 dieser Satzung) erfüllt wurde.

§ 14 Inkrafttreten

Die Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Wirtschaftsbetrieb Lossatal“ der Gemeinde Lossatal tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten die Betriebssatzung des Eigenbetriebes „Hohburger Wirtschaftsbetriebe“ vom 31.05.2010 sowie die Satzung zur 1. Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Hohburger Wirtschaftsbetriebe“ der Gemeinde Hohburg vom 07.03.2012 außer Kraft.

Falkenhain, 09.12.2014


Weigelt
Bürgermeister

Hinweis:

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Die Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

Weigelt
Bürgermeister



